

für 90 % der Betroffenen ist es ja Konsens, dass er abgeschafft werden soll.

Ist es denn richtig, dass Ihre weitergehenden Vorschläge ausschließlich Spitzenverdiener betreffen sollen und dass das doppelt so viel kostet wie die sozialpolitischen Vorstellungen der SPD?

(Beifall von der SPD)

Marco Schmitz (CDU): Wir werden mit dieser Abschaffung, wenn sie so umgesetzt wird,

(Heike Gebhard [SPD]: Nur Ja sagen! Ja oder Nein!)

einen Großteil der Bevölkerung bei den Steuern entlasten

(Gordan Dudas [SPD]: Sie sind nicht in der Lage, eine Frage zu beantworten!)

damit die Menschen mehr Netto vom Brutto zur Verfügung haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte noch ganz kurz sagen, weil mir das noch am Herzen lag, Frau Dworeck-Danielowski, wenn Sie das nächste Mal hier eine Rede halten: Ich bin mit den Familienverhältnissen Ihrer Beispiele nicht mehr klargekommen. Vielleicht machen Sie das dann anhand eines Flipcharts.

(Heiterkeit – Nadja Lüders [SPD]: Bitte nicht!)

Aber was sehr auffällig war: Sie scheinen in Ihrem Freundeskreis – auch im theoretischen Freundeskreis – ausschließlich sehr alteingesessene deutsche Namen zu haben, denn ich glaube, es gibt auch den Pizzabäcker, der lange Jahre hier eingezahlt hat, und es gibt auch den türkischen Gastarbeiter,

(Beifall von der CDU und der FDP)

der als Bergmann hier gearbeitet hat. Da hätte ich mich dann doch auch darüber gefreut, wenn das bei Ihren Familienverhältnissen mit dabei gewesen wäre. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schmitz. Sicher haben Sie sich den Applaus Ihrer Fraktion redlich verdient – aber nicht mit dem Ausdruck, den ich hier nicht wiederholen werde. Der war über alle Maßen derb, wenn ich das einmal so unter allen Vorbehalten hier ausdrücken darf.

(Marco Schmitz [CDU]: Entschuldigung!)

– Das nehmen wir sehr mahrend zur Kenntnis.

Ansonsten sind wir jetzt aber durch mit der Redeliste. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und Herr Nepe stimmen dagegen; Herr Nepe, fraktionslos.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das wäre aber peinlich gewesen! – Heiterkeit)

Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der grünen Fraktion ist von hier oben eindeutig erkennbar, dass der **Antrag Drucksache 17/5056** mit breiter Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt** wurde.

Ich rufe auf:

3 Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3569

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/4858

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Landesjagdzeitenverordnung

Vorlage 17/1126
Drucksache 17/3745

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
Drucksache 17/5024 – Neudruck

Sie müssen deswegen nicht alle gehen. Geht das auch ein bisschen leiser? Darf ich es einmal grundsätzlich sagen: Es ist unheimlich laut. Wir haben hier oben das Gefühl, dass es allgemein sehr laut ist. Sie haben das nicht? – Soll ich Ihnen auch sagen, warum? Weil Sie einfach reden, während ich rede – das ist schon unverschämt, ehrlich gesagt –,

(Allgemeiner Beifall)

weil Sie untereinander Gespräche führen, die im Einzelnen nicht laut sind, in der Summe hier oben jedoch unheimlich laut ankommen.

Ich bitte einfach um Verständnis, wenn hier geredet wird. Der Saal ist akustisch, weil er rund ist, kompliziert. Deshalb wäre es gut, wenn Sie, wenn Sie denn miteinander sprechen, quasi stimmlos sprechen, also leise. Dann können Sie etwas miteinander plaudern.

Ansonsten haben wir hier oben eine große Lautstärke. Das hilft hier vorne wenig, und der gemeinsamen Auseinandersetzung plus der Aufmerksamkeit der Gäste dient das nicht. Danke schön. Wollte mal gesagt sein.

Frau Kollegin Winkelmann hat jetzt das Wort für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Bianca Winkelmann (CDU): Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Sie haben gerade erwähnt, der Saal sei rund und kompliziert. Wir haben jetzt einen Gesetzentwurf vorliegen, der wirklich rund ist, und das werde ich Ihnen jetzt einmal kurz erläutern.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich mit einem Zitat oder kleinem Gedicht beginnen:

„Das ist des Jägers Ehrenschild,
daß er beschützt und hegt sein Wild,
waidmännisch jagt, wie sich's gehört,
den Schöpfer im Geschöpfe ehrt.“

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh, Gott!)

Dieses ist die erste Strophe eines bekannten Jägergedichts, das der Förster, Jagdschriftsteller und Ornithologe Oskar von Riesenthal 1880 verfasste.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Es ist wie Ihr Gesetz: Aus dem letzten Jahrhundert!)

Es wird auch heute noch in vielen Hegeringen dem sogenannten Jungjäger, wobei sich der Begriff Jungjäger nicht auf das Lebensalter des Jägers bezieht, nach dem Bestehen der Jagdprüfung mit auf den Weg gegeben.

(Unruhe)

– Ist ja schon ziemlich viel Aufregung hier im Raum. Schön, super!

Dieses Gedicht wurde vor fast 140 Jahren verfasst. Es ist dennoch hochaktuell, denn diese Zeilen treffen den Anspruch der Jägerschaft und auch den Anspruch, den wir als CDU an die Jäger haben, auf den Kopf.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ja eben!)

Mit der dritten Änderung des Landesjagdgesetzes dokumentieren wir genau diesen Anspruch an die Jägerinnen und Jäger im Land. Die Jagd ist nicht nur

Teil des Eigentumsrechts; die Jagd ist ein wichtiges Kulturgut und daher schützenswert.

(Beifall von der CDU, der FDP und Sven Werner Tritschler [AfD])

Die Jagd hat in unserer Kulturlandschaft eine unverzichtbare Rolle für den Natur-, den Arten- und den Umweltschutz.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Könnte sie haben!)

Damit sind auch die Jägerinnen und Jäger Partner und Adressaten des Naturschutzes.

Mit diesem Jagdgesetz wird unser kulturelles Erbe bewahrt und zugleich in eine neue Zeit geführt. Es war uns und der Landesregierung ein großes Anliegen, neue wissenschaftliche und jagdpraktische Erkenntnisse einzuarbeiten und ideologische und bürokratische Hürden im alten Jagdgesetz abzubauen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Daher bedanke ich mich an dieser Stelle seitens der CDU-Landtagsfraktion sehr herzlich bei unserer Ministerin, Frau Heinen-Esser, bei ihrer Vorgängerin, Christina Schulze Föcking, und ihrem gesamten Haus für diesen rundum gelungenen Gesetzentwurf.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das gesamte Haus?)

Meine Damen und Herren, eine Reform des von Rot-Grün sogenannten ökologischen Jagdgesetzes war notwendig, denn das Gesetz war ein Bürokratiemonster. Es waren viel zu viele Genehmigungen einzuholen. Viele heimische Arten wurden der Hege entzogen,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ein Unsinn!)

und die Jäger wurden entmündigt. Rot-Grün erklärte die Jägerinnen und Jäger, die Landwirte und die Waldeigentümer zu Feinden des Arten- und Naturschutzes. Mit dieser ideologischen Verblendung machen wir heute Schluss.

(Beifall von der CDU, der FDP und Sven Werner Tritschler [AfD] – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Nachhaltig, moderner und von unnötiger Bürokratie befreien – das ist unser Ziel dieser Novelle. Sowohl die Anhörung als auch die Aussprachen im Ausschuss haben gezeigt, dass selbst die Opposition keine wirklichen Argumente dagegen hat, und – das muss ich an dieser Stelle deutlich sagen – Sie haben schon danach gesucht.

Ich habe mir einmal zusammengesucht, was SPD und Grünen so eingefallen ist. Ich nenne an der Stelle den Schießübungsnachweis. Erwähnt werden muss in dem Zusammenhang nämlich, dass diese Frage grundsätzlich auf Bundesebene zu regeln ist,

damit kein Flickenteppich an verschiedenen Nachweisen entsteht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ach Gott!)

Auch die Behauptung, dass durch die Erweiterung der Liste der jagdbaren Arten mehr Tiere zum Abschuss freigegeben werden, entbehrt doch jeglicher Grundlage; das wissen Sie doch ganz genau. Deshalb meine Bitte: Führen Sie die Menschen nicht länger hinter die Fichte.

Diese neue Liste der jagdbaren Arten bezieht sich jetzt wieder auf alle in Nordrhein-Westfalen vorkommenden und sich reproduzierenden Arten. Das ist gut so.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist Blödsinn! Das wissen Sie auch!)

Es ist eine Vereinheitlichung mit dem Bund auf Arten bezogen, die eben bei uns in Nordrhein-Westfalen heimisch sind. Wir stellen damit alle Wildtiere in NRW wieder unter die Hegepflicht der Jägerschaft im Land.

Was heißt Hegepflicht konkret? – Die Jäger bekommen jetzt wieder den gesetzlichen Auftrag, sich um alle Wildtiere zu kümmern. Ich nenne die Stichworte Winterfütterung, Biotoppflege oder Tierseuchenvorsorge.

Mit einer dritten Falschmeldung möchte ich an dieser Stelle ebenfalls Schluss machen: Natürlich wird es keine – ich betone: keine – Jagdzeiten beispielsweise für die Wildkatze, für den Fischotter, für alle Greifvogelarten und andere geschützte Arten geben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Dann brauchen die auch nicht auf eine Liste der jagdbaren Arten!)

– Haben Sie mir nicht zugehört? Natürlich müssen die wegen der sogenannten Hegepflicht trotzdem aufgeführt werden.

Ausdrücklich mit einer Jagdzeit versehen, also gejagt werden, dürfen nur jene Arten, die nicht bedroht sind, bei denen eine Bestandsregulierung aus naturschutzfachlicher Sicht notwendig ist oder die als invasive Arten unsere heimische Flora und Fauna gefährden. Sie besetzen Nischen und verdrängen Arten wie die Feldlerche, den Kiebitz oder sogar den Hasen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, bleiben Sie bitte bei der Wahrheit und verbreiten Sie nicht weiterhin falsche Tatsachen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die NRW-Koalition geht es um den Ausgleich zwischen Naturnutzung und Naturschutz. Jägerinnen und Jäger sind für uns nicht automatisch Täter,

wie wir leider im Ausschuss von Ihrer Seite mehrfach hören mussten.

Ich kenne alle Jägerinnen und Jäger in meinem Heimatdorf Preußisch Ströhen und fast alle Jäger im Hegering Rahden und darüber hinaus. Sie alle üben die Jagd verantwortungsvoll aus – sei es mit Blick auf die nachhaltige Bewirtschaftung der Reviere oder im Umgang mit den Geschöpfen. Sie standen genau wie fast alle 90.000 Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen unter rot-grünem Generalverdacht.

Das ist nicht unser christlich-demokratisches Bild vom Menschen. Wir vertrauen den Menschen. Dafür geben wir mit diesem neuen Jagdgesetz einen Rahmen vor: für den Naturschutz und für die Tiere zugleich. Ich bitte Sie daher herzlich um Ihre Zustimmung und bedanke mich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Winkelmann. – Nun hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Winkelmann, es ist schon bezeichnend, wenn Sie hier mit einem Zitat von 1880 aufwarten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So antiquiert ist die Gesetzesnovelle, die wir heute vorliegen haben.

(Zurufe von der CDU)

Sie kommen mit einem Zitat aus dem letzten Jahrtausend und wollen das Ständerecht wieder organisieren. Das passt als Einstieg wie die Faust aufs Auge. Besser hätte ich das gar nicht formulieren können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Frau Ministerin Heinen-Esser, ich muss sagen: Ich bin äußerst verwundert darüber, dass wir uns heute zu dieser Stunde, bei Tageslicht und praktisch in der parlamentarischen Primetime, mit der Änderung des Landesjagdgesetzes beschäftigen.

Man konnte schließlich bei der Einbringung des Gesetzentwurfs den Eindruck bekommen, dass es der Landesregierung ganz recht war, dass die Änderung des Gesetzes bei möglichst wenig Aufmerksamkeit auf den Weg gebracht wird – und das, obwohl es ein zentrales Wahlkampfversprechen der CDU und der FDP im Landtagswahlkampf war. Mit wie viel Brimborium haben Sie damals Menschen zusammen- und auf die Straße gebracht?

Damals riesig groß aufgeblasen wurde die Änderung des Gesetzes bei der Einbringung zu einer Randnotiz, vielleicht auch weil die Änderung des Gesetzes zwar den Koalitionsvertrag umsetzt, wie Sie, Frau Ministerin Heinen-Esser, in Ihrer Rede zu Protokoll gegeben haben – in einer wenig überzeugenden Rede übrigens.

Wir haben die Vermutung, dass durch diese Vorgehensweise noch einmal ganz deutlich wird, dass Sie hinter großen Teilen der Novelle nicht stehen, Frau Ministerin Heinen-Esser. Wir vermuten, dass es sich, weil es gerade erwähnt wurde, auch um ein Relikt der Vorgängerministerin in dieser Regierung handelt.

Das ist für uns nichts Neues. Wir haben immer wieder eingefordert, dass es darauf ankommt, dass auch das Ministerium zu vielen Fragen eine Meinung hat.

Beim Verbandsklagerecht konnten wir auch merken, dass sich das Ministerium nicht äußert und keine Stellungnahme abgibt. So wird es auch beim Jagdrecht sein.

Hier gibt es eine Diskrepanz zwischen CDU-Fraktion und dem Ministerium. Das ist der Punkt, den wir heute noch einmal ansprechen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ach, Herr Stinka!)

Die Änderung des Landesjagdgesetzes ist nicht nur aus diesem Grund eine Farce, sondern auch deshalb, weil die selbst ernannte NRW-Koalition mit der Gesetzesänderung ein tierschutzpolitisches Armutszeugnis sondergleichen ablegt, weil sie gleichzeitig vor der Jägerlobby bei uns im Land auf die Knie fällt.

(Markus Diekhoff [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Wir haben hier eine Mitte-rechts-Regierung, die sich gern dahin gehend inszeniert, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger – das wurde durch Frau Winkelmanns Rede gerade noch einmal deutlich – Politik machen will – wenn mit „allen“ 93.000 Jägerinnen und Jäger im Land Nordrhein-Westfalen gemeint sind. Kurzum: Die Änderung ist nichts als reine Klientelpolitik.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für uns Sozialdemokraten ist es wirklich schade, zu erleben, dass das Ministerium für diese Klientelpolitik missbraucht wird. Das Ministerium heißt Ministerium für Landwirtschaft, Natur-, Verbraucherschutz und Umwelt für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen und nicht allein für die Jägerlobby.

(Beifall von der SPD)

Es ist für uns interessant, wenn wir den Weg der Änderungen in das Gesetz nachvollziehen, dass die Forderungen des Landesjagdverbandes praktisch im Verhältnis eins zu eins übernommen wurden – und das, ich habe das gerade schon ausgeführt, obwohl

es selbstverständlich sein sollte, dass ein Ministerium die Interessen aller 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt.

Diese Fragen sind aber, scheint es, an Ihnen vorbeigegangen, denn ein Großteil der Bevölkerung spricht sich für Natur-, Tier- und Waldschutz aus.

Während Ministerpräsident Laschet gestern noch betont hat, wie wichtig in Bezug auf die Kohlekommission nicht nur der Dialog, sondern sogar der Konsens in einer Gesellschaft ist, ist das in dieser Angelegenheit völlig an der Regierung vorbeigegangen.

(Beifall von der SPD)

Den Dialog mit allen Akteuren, um zu einem Ergebnis zu gelangen, das von einer breiten Masse getragen wird, haben Sie in dieser Frage des Jagdrechts als überhaupt nicht erstrebenswert erachtet.

Vielmehr zeigt die Änderung des Jagdrechts, dass es Ihnen lediglich darum geht, die Interessen von 93.000 Jagdscheininhabern zu befriedigen, wobei man das bei genauer Betrachtung gar nicht so stehen lassen kann, denn nach der Gesetzesänderung wird nur noch ein Verband als Jagdvereinigung anerkannt,

(Markus Diekhoff [FDP]: Falsch!)

wenn ihm mindestens 5 % der Jagdscheininhaber in Nordrhein-Westfalen angehören. Damit erhält der Landesjagdverband mit seinen 65.000 Mitgliedern ein Alleinvertretungsrecht, und rund ein Drittel der Jägerinnen und Jäger verlieren ihre Stimme. Damit entziehen Sie ihnen jegliche Beteiligung. – So viel zum Dialog mit allen Akteurinnen und Akteuren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wo ist hier eigentlich der Anspruch der Diversität, den Sie, Frau Winkelmann, gerade in Ihrer Rede so hochgehalten haben? Wo sind hier Ihr demokratisches Verständnis und Ihre Prinzipien? So etwas wollen Sozialdemokraten – weil Sie die Christdemokraten erwähnt haben – auf keinen Fall mitmachen,

(Beifall von der SPD)

denn wir wollen einen Ausgleich in der gesamten Bevölkerung, gerade in Fragen, bei denen es um Akzeptanz geht.

Hier wird eine Minderheitenmeinung per Gesetz ausgeschlossen. Das bedeutet im Umkehrschluss, wenn man das richtig durchdekliniert, dass alle Jägerinnen und Jäger, die ihre Interessen wahrnehmen wollen, dem Landesjagdverband angehören müssen. Das ist ein Unding.

Der Einzige, der von diesen Änderungen profitiert, ist der Landesjagdverband, womit wir bei meinem Argument und dem Argument der SPD-Landtagsfraktion wären: Hier wird reine Klientelpolitik betrieben.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das Ganze, Kolleginnen und Kollegen, wird noch getoppt, wenn der Herr Kollege Diekhoff von der FDP erklärt, dass durch die Gesetzesnovelle – ich zitiere – die große Expertise der Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen wieder genutzt und geschützt wird. – Ein Drittel der Jägerinnen und Jäger scheint Sie nicht zu interessieren. Das ist also der Schutz von Expertise.

Ich komme nun zu einem Punkt, Kolleginnen und Kollegen, der mir wichtig erscheint. Ich komme zu dem Punkt, der in einer Gesellschaft, die auf Sicherheit bedacht ist, von hoher Wichtigkeit ist: vom Leistungsnachweis zum Übungsnachweis.

Bei der Jagd hantieren Menschen verständlicherweise mit gefährlichen Werkzeugen, nämlich mit einer Waffe. Es ist in Ihren Augen nicht mehr notwendig, dass ein Leistungsnachweis erbracht werden muss, um unter Beweis zu stellen, dass man tatsächlich mit dieser Waffe umgehen kann.

Ich weiß, dass der Vergleich hinkt, aber ich glaube, wir würden auch niemandem erlauben, nachdem er drei Runden auf einem Verkehrsübungsplatz gedreht hat, in den Autoverkehr zu gehen. Deswegen halten wir diese Lösung für wirklich inakzeptabel in der heutigen Zeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Allein aus Sicherheitsgründen und im Interesse aller müsste ein solcher Leistungsnachweis weiter erbracht werden. Es entsteht bei uns schon der Eindruck, dass für ältere Jägerinnen und Jäger die Möglichkeit geschaffen werden soll, ihr Hobby weiter auszuüben.

Dass man älteren Jägerinnen und Jäger nicht grundsätzlich unterstellen kann, dass sie nicht mit einer Waffe umgehen können, ist klar. Allerdings weiß jeder von uns, dass es bei körperlichen Einschränkungen im Alter wichtig ist, zum Beispiel auch die Jägerinnen und Jäger im Zweifel vor sich selbst zu schützen. Es braucht Klarheit, wer mit einer Waffe umgeht. Deswegen ist die Abschwächung dieser Grundlage für uns fadenscheinig. Wir lehnen auch diese Frage ab.

Auch die Argumentation bei der Ausweitung der jagdbaren Arten möchte sich uns in der SPD-Fraktion nicht erschließen. Die Tatsache, dass eine Art auf der Liste stehe – so betonen Sie das –, bedeute nicht, dass diese bejagt werden dürfe.

Kolleginnen und Kollegen, legen Sie sich doch einmal fest. Entweder nehme ich eine Art, die ich bejagen möchte, in die Liste auf oder ich lasse es. In letztem Fall kann ich es aber auch dabei belassen und erst gar nicht auf diese Liste schauen. Hier geht es um eine grundsätzliche Frage von Tierschutz,

(Bianca Winkelmann [CDU]: Genau!)

und nicht irgendwelches Hin und Her in diesen Fragen. Und über die Hege, über die Sie gerade gesprochen haben, werden wir auch in der nächsten Zeit noch trefflich streiten.

Mit den Änderungsanträgen der SPD-Landtagsfraktion haben wir gezielt versucht, die schwerwiegendsten Mängel des Gesetzentwurfs zu beheben. Einige Aspekte habe ich hier bereits aufgegriffen und erläutert.

Der schwerwiegendste Mangel liegt für uns in der Tatsache, dass es Ihnen nicht auf einen Ausgleich in einer öffentlichen Gesellschaft angekommen ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben erlebt, wie hier Änderungen ins Gesetz hineingekommen sind, die hanebüchen sind. Wir haben es in einer modernen Gesellschaft damit zu tun, dass wir für Ausgleich und Akzeptanz arbeiten müssen. Die Form, die wir hier im Landesjagdgesetz gesehen haben, dient in keiner Weise der Frage der Akzeptanzsteigerung für die Jägerinnen und Jäger im Land, und wir werden das erleben.

Gestern hat mich ein Satz Ihres Ministerpräsidenten gefreut. Er hat deutlich gemacht, dass durch demokratische Wahlen immer wieder Änderungen der Mehrheitsverhältnisse möglich sind.

Sie können sicher sein, wenn sich das hier ändert, werden wir ein Jagdgesetz vorlegen, das diesen modernen Aspekten – und da komme ich nicht mit Zitate von 1880 – Rechnung trägt und das die Gesellschaft in ein ordentliches Jagdrecht überführt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Nun spricht Herr Diekhoff für die FDP-Fraktion.

Markus Diekhoff (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stinka, Sie haben gerade eindrucksvoll bewiesen, dass Sie keine Ahnung von Jagd haben.

(Beifall von der FDP, der CDU und Sven Werner Tritschler [AfD])

Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es bei diesem Landesjagdgesetz eigentlich geht. Es geht nicht nur um inhaltliche Korrekturen eines völlig missglückten, angeblich ökologischen Jagdgesetzes. Es geht vielmehr um ein deutliches Signal an die Jägerinnen und Jäger, dass wir heute mit der ideologi-

schen und diffamierenden Politik gegen die Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen aufhören und diese beenden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Der Widerstand gegen das ökologische Jagdgesetz resultiert nicht nur aus den Inhalten. Der Protest, der Aufschrei wurde getragen von Millionen Menschen aus dem ländlichen Raum. Er hat die Leute zu Tausenden in die Stadthallen und hat am Ende 15.000 Menschen vor den Landtag getrieben.

(Carsten Löcker [SPD]: Fragen Sie doch mal da oben, die da sitzen, ob jemand versteht, was Sie sagen!)

– Was möchten Sie? Möchten Sie eine Zwischenfrage stellen? – Melden Sie sich bitte.

(Zurufe von der FDP, der CDU und der SPD)

Sie müssen öfter in die Schule gehen, auch freitags, dann wissen Sie, wie man sich meldet.

(Beifall von der FDP und der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: So was Arrogantes! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Der Widerstand ist auch deswegen entbrannt, weil genau so etwas passiert, weil es Diffamierungen gibt, weil es Verleumdungen gegen Jägerinnen und Jäger gibt. Das akzeptieren wir nicht.

(Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Am Anfang der damaligen Debatte stand eine gemeinsame Resolution der Umwelt- und Tierschutzverbände zum Landesjagdgesetz. In einer unheiligen und für mich bis heute unverständlichen Allianz haben seriöse Verbände wie der NABU oder der BUND den Schulterschluss mit radikalen Tierrechtlern wie PETA gesucht

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

und haben Forderungen an die damalige Landesregierung gestellt, die von Minister Rimmel auch dankbar aufgenommen wurden.

Der Aufschrei der Jägerschaft war entsprechend, und der Aufschrei war auch richtig. Denn die radikalen Tierschützer von PETA sind nicht die richtigen Stichwortgeber für ein richtiges Jagdgesetz.

(Beifall von der FDP, der CDU und Sven Werner Tritschler [AfD])

Gehen Sie einmal auf die Facebook-Präsenz von PETA Deutschland. Dort finden Sie massenhaft Bilderkacheln, auf denen einem Menschen eine Pistole in den Nacken gehalten wird, betextet mit der Forderung: Tiermörder sind Menschenmüll – weg damit.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn eine Landesregierung ein angeblich ökologisches Jagdgesetz erarbeitet und sich dabei auf Forderungen einer Organisation wie PETA bezieht, die zumindest toleriert, dass zur Hinrichtung von Jägern aufgerufen wird, dann ist das völlig inakzeptabel.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der AfD – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist nicht nur für mich inakzeptabel, sondern auch für Millionen Menschen und Betroffene in Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Eine deutliche Distanzierung der Grünen und leider auch der SPD

(Unruhe – Glocke)

von einer solchen Hetze ist bis heute ausgeblieben – genauso wie bei Gewalttaten im Hambacher Forst oder wie bei Kriminellen, die in Ställe einbrechen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der AfD – Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist und bleibt beschämend.

(Zuruf von der SPD: Das kann doch nicht wahr sein! – Josefine Paul [GRÜNE]: Ich verstehe das sowieso nicht, diesen Blödsinn! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Jägerinnen und Jäger haben den Hass, den Sie auch gerade wieder hier auspacken, nicht verdient. Die Jägerinnen und Jäger haben sich zu Recht gegen die unmenschlichen Entgleisungen von PETA-Sympathisanten und gegen die vielen kleinen Lügen und Unterstellungen gewehrt.

Diese sieht man jeden Tag, die kamen auch gerade in der Rede der SPD wieder vor. Man liest, es ginge den Jägern nur um das Töten. Vor allem die Fuchsjagd sei unnötig und quälend. – Aber ohne diese Bejagung ist ein effektiver Schutz von Bodenbrütern und Rebhühner unmöglich.

Es heißt, Jäger wollten unter Naturschutz stehende Tiere auf die Liste der jagdbaren Arten holen, um sie dann abzuschießen. – Das Gegenteil ist der Fall. Sie unterliegen der Hege, und alle Wildtierarten unterliegen der Hege der Jägerschaft, deswegen gehören auch alle ins Jagdgesetz, auch die, die gefährdet sind oder geschützt sind oder ganzjährig geschont werden. Das ist ein übliches Vorgehen.

Dann wird verbreitet, Jäger würden Hunde ohne vernünftigen Grund auf verstümmelte Enten jagen. – Auch das ist nicht korrekt. Die Enten sind mit einer Papiermanschette vorübergehend flugunfähig gemacht. Wir brauchen das, um vernünftige Jagdhunde

für den Tierschutz auszubilden. Denn nur ausgebildete Jagdhunde sind am Ende in der Lage, verletztes Wild von Seen oder Flüssen zu bergen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin über diese Diffamierung heute genauso entsetzt wie damals vor vier Jahren und fordere von allen betroffenen Akteuren: Hören Sie auf, diese Lügen zu verbreiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wer hegt und pflegt denn Natur und Wildtiere in Nordrhein-Westfalen? Regierung, NGOs oder Jäger? – Jäger natürlich. PETA hat in Deutschland neun Mitglieder. Ich habe von diesen neun Mitgliedern noch keinen im Wald getroffen. Aber ich kann jeden Tag 100.000 engagierte ehrenamtliche Jäger dort bei der Arbeit für die Natur treffen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der AfD)

Jagd gibt als einzige Nutzungsform der Natur einen tatsächlichen Wert. Eine unberührte Natur ist für die Jagd wertvoll, fast Grundvoraussetzung. Über die Jagdpacht wird ein Eigentümer sozusagen dafür bezahlt, dass er unberührte Natur zur Verfügung stellt, dass er sich um ein Biotop kümmert. Das ist einzigartig bei allen Formen der Naturnutzung. Deshalb gibt es auch Tausende Projekte aus der Jägerschaft für den Naturschutz, die allermeisten davon ohne staatlichen Zuschuss. Es ist ein zutiefst bürgerliches Engagement zum Wohle der Wildtiere. Deshalb steht die NRW-Koalition an der Seite dieser Menschen, nimmt sie in den Fokus und unterstützt sie bei ihrem Tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn aus der bewusst geschürten Hetze gegen Jäger entsteht auch gefährlicher Radikalismus. In der ganzen Debatte damals hat niemand von SPD und Grünen die Jäger in Schutz genommen. Im Gegenteil, es wurden noch von grünen Abgeordneten auf der Demo draußen vor 15.000 Menschen Mitgliedsausweise des Landesjagdverbandes zerrissen. Das ist ein absichtlich zelebrierter Bruch mit der Jägerschaft. Zur Beruhigung der Gemüter und zum Schutz der Jäger vor Anfeindungen und Attacken hat das nicht beigetragen.

Bis heute werden Jäger verletzt, weil radikalisierte Leute Hochsitze ansägen, die dann zusammenbrechen, obwohl sie dort nur den Auftrag erfüllen, den ihnen damals der grüne Minister Rimmel gegeben hat, nämlich einen Abschussplan, der staatlich erstellt wird, durchzuführen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Dr. Martin Vincentz [AfD] – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Gegenruf von Ralph Bombis [FDP]: Sie radikalieren die Leute!)

Umso trauriger ist es, dass die SPD auch heute noch am Sprachgebrauch von damals festhält. Ich hätte gedacht, jetzt, wo die Koalitionsdisziplin Sie nicht mehr dazu zwingt, würden Sie sich verändern.

(Carsten Löcker [SPD]: Wozu sollen wir uns denn verändern? Was wollen Sie von uns? Sollen wir das verurteilen?)

Stattdessen unterstellt Frau Watermann-Krass im Ausschuss, dass nur Mitglieder eines Landesjagdverbandes Jagdvergehen begehen würden. Auch auf Nachfrage ist eine Entschuldigung ausgeblieben. Dabei hätten Sie doch bei Jagdvergehen an einen grünen Politiker erinnern können, den Leiter der Forstbehörde, der sich mitten in der heißen Debatte zwei Fehlabschüsse geleistet hat. Das ist nämlich die Wahrheit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Gegenzug möchte ich Sie aber gerne daran erinnern, dass auch in den Reihen der SPD immer Mitglieder waren, die sich für die Jagd eingesetzt haben: Da ist einerseits die Gruppe der Jagdgenossen, die gegen die Diffamierung der Jäger gekämpft hat, und andererseits der fast schon legendäre Bürgermeister von Gevelsberg, Claus Jacobi, der auf jeder Regionalkonferenz war und den sozialdemokratischen Abgeordneten ins Gewissen geredet und sie aufgefordert hat, das Jagdgesetz zu stoppen. Hier und heute wäre Ihre letzte Möglichkeit, dieser Forderung zu folgen, Ihren Kurs zu korrigieren und sich mit uns auf die Mitte der Gesellschaft zu konzentrieren.

(Beifall von der CDU)

Denn heute geben FDP und CDU mit dem neuen und modernen Jagdgesetz den Jägerinnen und Jägern in Nordrhein-Westfalen ihre Würde zurück. Wir räumen auf mit Ideologie und Hetze. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement für den Natur- und Tierschutz. Wir bedanken uns bei den Jägern für die Unterstützung bei der Bekämpfung von Tierseuchen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Wir bedanken uns für die vielen wachen Nächte, in denen Jäger auf Anruf der Polizei aufstehen, um sich um verletzte Wildtiere im Straßenverkehr zu kümmern. All das geschieht ehrenamtlich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von der AfD)

Wir brauchen die Jägerinnen und Jäger, wir schätzen ihre Leistung. Deshalb ist heute ein guter Tag für die Jagd, ein guter Tag für die Wildtiere, ein guter Tag für den Naturschutz und ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen. – Waidmannsheil.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Jetzt spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Diekhoff, ich habe mich bei Ihrer Rede stellenweise gefragt, was man eigentlich so im Wald finden kann, um das dann zu rauchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war doch stellenweise wirklich grenzwertig.

(Dietmar Brockes [FDP]: Damit sollen sich die Grünen ja ganz gut auskennen!)

– Ja, Herr Brockes, man muss das Richtige rauchen. Das ist das Entscheidende.

(Lachen von der FDP – Zuruf von der FDP: Damit scheinen Sie sich auszukennen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was Sie uns hier als Gesetzentwurf vorgelegt haben, was wir heute hier endgültig beschließen werden, ist für den Tierschutz, für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen ein erheblicher Rückschritt. Damit ist es am Ende auch ein Rückschritt für die Jagd; denn es reicht nicht, dass Sie an der Stelle die Zustimmung des Jagdverbandes haben, wenn Sie gleichzeitig nicht die Zustimmung der gesamten Gesellschaft haben. Das ist das Problem, vor dem Sie am Ende mit Ihrem Gesetz stehen werden.

(Markus Diekhoff [FDP]: Das Problem haben Sie auch jeden Tag!)

Ich sage Ihnen auch eines deutlich: Damals, als wir das Gesetz gemacht haben, haben wir uns bemüht, neuere Erkenntnisse über die Wildbiologie einfließen zu lassen, und wir haben nicht ein Gedicht von 1840 zitiert. Das ist meines Erachtens der entscheidende Unterschied. Ihr Gesetz – das hat auch nichts mit modern zu tun, Herr Diekhoff – geht einfach nur zurück. Es geht zurück in die 30er-Jahre, 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Wir wollten mit unserem Gesetzentwurf nach vorne.

(Markus Diekhoff [FDP]: Wir sind nach vorne gegangen!)

Das unterscheidet uns an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Diekhoff, wir haben uns damals ganz bewusst die Aufgabe gestellt, den § 1 neu zu formulieren und zu definieren, was denn Jagd leisten soll, wie die Jagd mit Tierschutz, mit Naturschutz und mit den ökonomischen Interessen von Waldbesitzerinnen und -besitzern zusammenspielen soll. Das haben wir seinerzeit definiert.

Sie streichen nun diesen § 1, obwohl Ihnen in der Anhörung alle gesagt haben, wie gut, wichtig und sinnvoll wir das ausformuliert haben. Dass Sie das an der Stelle nicht übernommen haben, zeigt nur, dass Sie zutiefst ideologisch getrieben sind und sich hier als Landesregierung zum Erfüllungsgehilfen des Landesjagdverbandes machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Markus Diekhoff [FDP]: Dagegen verwahre ich mich!)

Wir haben damals mit unserem ökologischen Jagdgesetz Brücken für die Jagd gebaut.

(Lachen von der FDP)

– Ihr Problem ist, dass Sie das bis heute nicht verstehen.

Wir haben dafür gesorgt, dass eines der umstrittensten Themen in der Jagd, nämlich der Katzenabschuss, herausgenommen wurde. Die Jägerinnen und Jäger sind uns noch heute dankbar dafür.

(Widerspruch von der FDP)

Dann hatten wir uns dem Tierschutz in der Jagd verbunden mit der Fallenjagd gewidmet. Unser Vorschlag war, einen elektronischen Fangmelder anzubringen. Es war hochumstritten, ob man das machen soll. Wir haben das gemacht. Es gab zuerst Proteste, aber nachher haben mir alle Jägerinnen und Jäger gesagt: Super, dass ihr das gemacht habt! Genau richtig. – Wir haben mit dem ökologischen Jagdgesetz so viel Fortschritt eingebracht,

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

dass überhaupt kein Bedarf besteht, den Gesetzentwurf in dieser Form vorzulegen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das sehen aber alle Betroffenen anders!)

Mit dem Gesetzentwurf setzen Sie langfristig das Ansehen der Jagd in der Gesellschaft aufs Spiel. Das, was wir versucht haben, nämlich den Konflikt zwischen der Jagd und der Gesamtgesellschaft zu befrieden und

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das ist Ihnen ja besonders wichtig! – Dietmar Brockes [FDP]: Sie haben nicht befriedet!)

eine Akzeptanz zwischen Jagd und Tierschutz zu erzeugen, machen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf wieder zunichte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie haben heute den Landeswaldbericht 2019 vorgestellt. Wir alle wissen, wie die Wälder aufgestellt sind und dass wir erhebliche Probleme haben: Borkenkäfer, Klimawandel, Sturmschäden. Auf großen Flächen brauchen wir jetzt eine Naturverjüngung.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Es geht gerade nicht um den Wald!)

Wir haben es in das Gesetz in § 1 klar reingeschrieben, dass Jagd auch die Aufgabe hat, den Wald zu schützen, und dass es darum geht, eine natürliche Verjüngung zu ermöglichen. Das streichen Sie jetzt einfach wieder heraus. Ich bin gespannt, wie Sie das zukünftig ermöglichen wollen. Das ist mir ein absolutes Rätsel.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie arbeiten mit Ihrem Jagdgesetz gegen die Interessen des Waldbesitzes – das will ich deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch kann ich nicht verstehen, dass Sie die Liste der jagdbaren Arten wieder derart ausdehnen. Wir haben die Liste der jagdbaren Arten auf diejenigen reduziert, die tatsächlich in Nordrhein-Westfalen vorkommen und auch wirklich jagdbar sind. Sie nehmen – da kommen Sie auch in Konflikt mit dem Bundesnaturschutzgesetz und mit europäischem Recht – die Greifvögel wieder auf. Warum tun Sie das? Das ist widersinnig. Es macht überhaupt keinen Sinn, insbesondere Greifvögel wieder auf diese Liste zu setzen.

Nun zum Schießübungsnachweis. Man kann über die Einrichtung eines Schießfertigungs- oder Schießübungsnachweises streiten. Wir wollten sicherstellen, dass der Jäger, die Jägerin auch tatsächlich treffsicher schießen kann. Herr Diekhoff, Sie wissen, dass Sie schießen können müssen, wenn Sie auf ein bewegtes Ziel schießen. Das Mindeste wäre doch ein Schießübungsnachweis mit einem vorgeschriebenen Umfang – es müssten wenigstens 20, 30 Schuss abzuleisten sein –, damit auch wirklich richtig und dauerhaft geübt und der Tierschutz mithilfe des nachweissicheren Schießens garantiert wird.

Was uns völlig enttäuscht hat – das passt zu Ihrem Gedicht, Frau Winkelmann –,

(Bianca Winkelmann [CDU]: Schön!)

ist, dass Sie die komplett überholte Trophäenschau wieder einführen. Ich weiß nicht, ob Sie nur mit der Spitze des Landesjagdverbands diskutieren. Wenn Sie aber mit den Jägerinnen und Jägern, die das Jaggen vor Ort ausführen, sprechen, dann stellen Sie fest, dass niemand diese Trophäenschau wiederhaben möchte. Ich verstehe nicht, dass Sie diesen Weg gegangen sind. Mit Ihrem Gedicht haben Sie bewiesen, dass Sie ein antiquiertes Jagdverständnis haben. Das lehnen wir absolut ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben es mit Ihrem Gesetz nicht ansatzweise geschafft, die modernen Ansprüche der Gesellschaft an die Jagd – nachhaltige Jagd und an den Wald angepasste Wildbestände – zu garantieren. Sie wollen den Tierschutz, den wir deutlich nach vorne gestellt

hatten, nicht erhalten. Sie haben sich – das ist mein Vorwurf – vom Landesjagdverband komplett einseitig beraten lassen. Sie waren völlig beratungsresistent. Auch auf die Anhörung sind Sie überhaupt nicht eingegangen.

Wir lehnen also Ihr Jagdgesetz, wie Sie es vorgestellt haben, komplett ab. Das, was Sie vorgelegt haben, geht aus unserer Sicht überhaupt nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Norwich Rüße (GRÜNE): Wir werden das im Landtag auch noch einmal thematisieren. – Vielen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Er will keine Zwischenfrage. Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Es spricht als nächster Redner für die AfD-Fraktion Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herrn! Der Jäger hat in der Vergangenheit – es klang schon an – einen regelrechten Imagewandel hinter sich. Im Grimm'schen Märchenbuch rettet er noch kleine Mädchen und Großmütter vor den Wölfen, und im Kinderlied „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“ von 1832 schützt er Haus und Hof vor bösaartigen Räubern. Letzteres darf mancherorts jetzt nicht mehr gesungen werden, weil sich offenbar Vegetarier und Veganer von der Liedzeile „sonst wird dich der Jäger holen mit dem Schießgewehr“ in ihren Gefühlen verletzt sehen. Zuletzt wurde das Lied sogar aus dem Glockenspiel des Limburger Rathauses verbannt.

Es ist die Denkweise des militanten und vermeintlichen Tierschützers, die Herrn Rimmel und die rot-grüne Koalition wohl veranlasst haben, das auf dem Weg zu bringen, was unter der Bezeichnung „ökologisches Jagdgesetz“ bekannt und vor allem berüchtigt geworden ist. Um Ökologie ging es dabei freilich nicht. Es ging um Ideologie und um die Schikane der Jägerschaft in Nordrhein-Westfalen.

Das Bild vom Jäger, das man in den Reihen wohlstandsverwahrloster Stadtkinder bei den Grünen wohl hat, ist durchweg schlecht: schießwütig ist er, nicht auf das Tierwohl bedacht, ewiggestrig, mordlustig usw. In etwa entspricht das dem Jägerbild, wie wir es vielleicht aus Disneys „Bambi“ kennen.

Die Wahrheit sieht aber eher so aus: Wer Jäger werden möchte, der muss sich erst einmal bilden und unzählige Unterrichtsstunden besuchen. Er lernt beispielsweise, Dutzende von Enten, Gänsen, Greifvögeln usw. zu unterscheiden. Er lernt über ihr Paarungsverhalten, ihre Ernährungsgeohnheiten, Schonzeiten etc. Er lernt, dass der

Rothirsch im Februar bis April sein Geweih abwirft – ältere Tiere früher, jüngere später – und dass es sich innerhalb von fünf Monaten wieder neu bildet. Er lernt, heimische Bäume, Sträucher und Gräser zu unterscheiden, und er lernt, mit Wildkrankheiten umzugehen. Er wird sogar zur kundigen Person nach EU-Lebensmittelrecht ausgebildet. Schließlich lernt er natürlich auch den Umgang mit Schusswaffen im Einklang mit den strengen deutschen Rechtsnormen. Hat er das alles gelernt, dann geht er zur Jägerprüfung, an der nicht wenige Kandidaten scheitern. Besonders die anspruchsvollen Schießprüfungen machen vielen Kandidaten zu schaffen.

Es wäre schön, wenn bei den Grünen, bei PETA, NABU und allen anderen vermeintlichen Tierschützern ähnlich hohe Ansprüche an die Qualifikationen gelten würden.

(Beifall von der AfD)

Aber zurück zu unserem Jungjäger. Mit seinem Prüfungszeugnis in der Tasche wendet er sich an die Jagdbehörde, und wenn er unbescholten ist, erhält er einen Jagdschein. Dann kauft er sich einen Waffenschrank nach der entsprechenden Norm, und dann kauft er sich eine Waffe.

Erst jetzt, nach vielen Stunden Mühe und einigen Tausend Euro Ausgaben, kann er überhaupt zur Jagd gehen – freilich in einem fremden Revier; denn ein eigenes darf er zunächst nicht pachten.

Meine Damen und Herren, das alles nimmt man nicht auf sich, nur weil man schießwütig ist oder Freude am Töten hat. Wer mit solcher Ausdauer Jäger wird, der wird es aus Passion, aus Leidenschaft und aus Liebe zur Natur.

(Beifall von der AfD)

Deshalb sind die Angriffe von Herrn Rüße und anderen so infam.

In unserer Kulturlandschaft spielt die Jägerschaft eine unabdingbare Rolle. Es gibt in unserer dicht besiedelten und intensiv bewirtschafteten Landschaft eben keine unberührte Natur, die sich irgendwie selbst ausbalanciert. Das stellen sich vielleicht Leute so vor, die die Grünen wählen, aber mit der Wirklichkeit hat es nichts zu tun.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie sind ja auch so ein richtiger Landmensch!)

Allzu oft muss der Jäger heutzutage sogar das ausbügeln, was Ihre irrsinnige grüne Politik angerichtet hat. So ist zum Beispiel die gewaltige Vermehrung des Schwarzwilds – mit all ihren negativen Begleiterscheinungen – unmittelbar auf Ihre Energiepolitik und die riesigen Maiskulturen zurückzuführen.

Der Jäger ist es, der dafür sorgen muss, dass die Wildschäden in der Landwirtschaft, aber auch im

Straßenverkehr sich im Rahmen halten. Und das tut er ehrenamtlich, Herr Rüße.

Und schließlich produziert der Jäger hochwertiges Fleisch – Fleisch, welches man natürlicher und naturnäher nicht herstellen kann, Fleisch, mit dem nicht mal der Bio-Schweinebauer Rüße mithalten kann.

Aber genug von der traurigen Vergangenheit. Die Bewegung, die vor wenigen Jahren die größte Demonstration in der Geschichte NRWs organisiert hat – übrigens nicht zur Schulzeit –, kommt heute ans Ziel. Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Jagdrecht in Nordrhein-Westfalen wieder normalisiert und zahlreiche Schikanen für die Jäger beseitigt. Es genießt unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Wir hätten uns allerdings an der einen oder anderen Stelle etwas mehr Mut oder Weitblick gewünscht, zum Beispiel beim Thema „Wolf“. Es wird deshalb wahrscheinlich nicht unsere letzte Debatte zu diesem Thema gewesen sein.

Mit dem Vordringen des Wolfs nach NRW werden Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, früher oder später die Frage beantworten müssen, wo sich dieser überhaupt ansiedeln soll und wie Sie den Bestand unter Kontrolle halten wollen. Auf die Expertise und das Engagement der Jägerschaft werden Sie dabei nicht verzichten können. Deshalb gehört der Wolf in den Katalog der jagdbaren Arten. Das wissen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition – der eine oder andere von Ihnen hat es in der Debatte selbst schon gesagt –, und früher oder später werden Sie um die Entscheidung nicht mehr herumkommen.

Nichtsdestotrotz geht der Landtag mit der Verabschiedung dieses Gesetzes einen großen Schritt in die richtige Richtung. Im Ländervergleich ist es im Übrigen auch ein großer Schritt zurück zur Normalität. Wir werden mit Freude zustimmen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Nun hat die Landesregierung das Wort, und es spricht Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Stinka, ich spreche am helllichten Tage, zur besten Zeit.

Ich habe in der letzten Legislaturperiode, als ich in Hannover gearbeitet habe, die Diskussion um das Jagdgesetz verfolgt. Ich war fasziniert und gleichzeitig entsetzt, wie sich ein Gesetz, bei dem ganz klar ist, was seine Bestimmung und Aufgabe ist, an wen es sich richtet und was es regeln soll, quasi zu einem

Kreuzzug gegen die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ob Sie das beabsichtigt haben oder nicht, sei dahingestellt. Für mich war aus der Ferne beobachtet aber das, was mit diesem Gesetz passiert ist, unfassbar.

(Christian Dahm [SPD]: Das fanden wir auch!)

Ich kann all die Menschen verstehen, die damals demonstriert haben, sich klar dagegen ausgesprochen haben und den innigen Wunsch verspürt haben, aus dem Jagdgesetz wieder das zu machen, was es ist: ein Gesetz, das sich um das Thema „Jagd“ kümmert – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf etwas anderes zu sprechen kommen: Ist ein Landesgesetz, das alle paar Jahre und je nach politischen Farben deutliche Weichenstellungen vornimmt – mal so, mal so –, ein gutes Gesetz? Ist es gut für die Menschen in unserem Land, oder müssen wir nicht vielmehr auch auf wesentlich größere Bundeseinheitlichkeit bzw. stärkere Orientierung am Bundesgesetz drängen?–

Es ist genau richtig, dass meine Vorgängerin Christina Schulze Föcking das Gesetz wieder stärker am Bundesrecht orientiert hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die enge Orientierung am Bundesrecht ist so sinnvoll, weil weder Lebensräume noch Wildtiere sich an den Grenzen der Bundesländer orientieren. Ein Beispiel dafür sind die großen, über die Grenze nach Rheinland-Pfalz reichenden Wälder in der Eifel oder die Waldgebiete an der Grenze zu Hessen im Sauerland. So ist es doch nur folgerichtig, dass Bejagungsmöglichkeiten – sofern Länderbesonderheiten dem nicht entgegenstehen – synchronisiert werden und sich stärker am Bundesrecht orientieren.

Auch sind unsere Jäger mobil. Sie pachten oftmals Reviere in den Nachbarbundesländern, und es ist schwer verständlich, dass sie ihre Hegebemühungen aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Vorgaben manchmal sogar in demselben Lebensraum unterschiedlich ausgestalten müssen. Das kann nicht Sinn und Zweck eines Gesetzes sein.

Unsere Jägerinnen und Jäger – es werden ja auch immer mehr Frauen; mein Kollege Hendrik Wüst kennt sich da etwas besser aus – ...

(Heiterkeit – Norwich Rüße [GRÜNE]: Ist er eine Frau?)

– Ich meine auf die Jagd bezogen. Es werden mehr Jägerinnen.

Die Jägerinnen und Jäger benötigen mehr Rechtssicherheit und mehr Beständigkeit im Jagdrecht. Das bieten wir mit unserem hoffentlich gleich verabschiedeten Jagdgesetz.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung will natürlich ein vernünftiger, sicherer Partner im ländlichen Raum sein. Deshalb war es auch das Ziel, das Jagdgesetz entsprechend weiterzuentwickeln. Dabei handelt es sich um eine Weiterentwicklung von bestehenden Regelungen.

Es gibt aber auch viele Regelungen – um das einmal klarzumachen –, die gegenüber dem bisherigen Jagdgesetz nicht verändert worden sind, sondern gleichgeblieben sind.

Es geht beispielsweise um das Verbot der bleihaltigen Büchsenmunition. Es geht um den Schießnachweis als Voraussetzung für die Teilnahme an einer Bewegungsjagd. Es geht darum, dass die Aufhebung des Abschussplans für Rehwild beibehalten wird – und, und, und. Viele Regelungen werden beibehalten, weil sie vernünftig sind.

Hier finden wir also schon einen vernünftigen Weg, wie tatsächlich damit umgegangen wird.

(Beifall von der CDU)

Was wird verändert, meine Damen und Herren? Das Wichtigste war und ist, die Liste der jagdbaren Arten wieder an das Bundesjagdgesetz anzupassen, wobei nur die Arten aufgeführt werden, die auch in Nordrhein-Westfalen heimisch sind.

Die Mindestpachtdauer für Jagdpachtverträge wird von fünf Jahren auf neun Jahre angehoben, wobei in begründeten Fällen wie hoher Wildschadensgefahr der Zeitraum auch auf fünf Jahre abgesenkt werden kann.

Der Fütterungszeitraum für Schalenwild umfasst künftig die Zeit vom 15. Dezember bis zum 30. April – und, und, und.

Es sind eine ganze Menge Themen aufgegriffen worden. Wichtig ist uns zum Beispiel, dass ein Schwerpunkt auf der Stärkung der Jagdausbildung liegt. Dazu wird die Begrenzung des Fragenkatalogs auf 500 mögliche Prüfungsfragen aufgehoben. Hierdurch können zusätzliche Fragen zu einzelnen Prüfungsgebieten – Wildbrethygiene, Jagdrecht oder praktischer Jagdbetrieb – wesentlich stärker aufgegriffen werden.

Das Jagdgesetz wurde Mitte des vergangenen Jahres intensiv mit allen Verbänden diskutiert. „Intensiv diskutiert“ heißt natürlich, dass es auch eine Reihe von zwischen den Akteuren strittigen Punkten gegeben hat.

Ich bin der Auffassung, dass der von uns jetzt vorgelegte Gesetzentwurf eine gute Modernisierung dessen ist, was wir vorantreiben mussten, und nun auch

Sicherheit für die Jägerinnen und Jäger bei uns in Nordrhein-Westfalen bringt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen, der in den Beratungen neu hinzugekommen ist, und zwar aufgrund einer besonderen rechtlichen Situation. Ein Jäger hatte gegen die Jagdabgabe geklagt.

Sonderabgaben sind immer eine ganz schwierige Konstruktion. Das haben wir auch in anderen Bereichen erlebt. Die Landwirte beispielsweise haben ihre Schwierigkeiten mit der Abgabe zur CMA gehabt. Auch diese Abgabe wurde damals abgeschafft. Das sind also durchaus übliche Verfahren.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte uns Hinweise darauf gegeben, dass die Jagdabgabe in der jetzigen Form tatsächlich nicht haltbar ist, weil diese Mittel nicht immer so gruppennützlich verwendet wurden, wie das zu erwarten war. Das Gericht hatte uns den Hinweis gegeben, die Jagdabgabe auszusetzen.

Wir haben – das kann ich offen sagen – mit dem Landesjagdverband darüber gesprochen, wie wir mit diesem Thema umgehen werden, und sind übereingekommen, dass der beste Weg ist, die Jagdabgabe tatsächlich abzuschaffen. Das machen wir mit diesem Gesetz jetzt auch. Dieser Punkt ist im Laufe der Beratungen hineingekommen.

Die Jäger verwenden gerne den Satz: Jägersgeld in Jägerhand. – Ich schaue gerade in die Runde. Die Jäger sind ja heute auch unter uns. Ich darf auch den Landesjagdverbandspräsidenten ganz herzlich begrüßen, der sich hier die Debatte anschaut.

(Christian Dahm [SPD]: Jetzt ist es aber gut, Frau Präsidentin!)

Also Jägersgeld in Jägerhand! Die Jäger werden in Zukunft mit ihren Mitgliedseinnahmen ...

(Christian Dahm [SPD]: Frau Präsidentin!)

– Wie bitte?

(Christian Dahm [SPD]: Wer spricht denn mit wem, bitte?)

– Ich spreche mit Ihnen.

(Christian Dahm [SPD]: Sie sprechen mit dem Publikum!)

– Ich habe ihn begrüßt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wenn Ihnen Höflichkeit zuwider ist, sagen Sie es uns, Herr Dahm!)

Darf man das nicht? Im Bundestag ...

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin Heinen-Esser hat jetzt das Wort zu dem Gesetzentwurf. Der Hinweis des Kollegen Dahm ist von Frau Ministerin bestimmt ...

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich darf mich dafür entschuldigen, Herr Kollege. Im Bundestag ist das üblich. Dort darf man so etwas auch tun. Mir waren die parlamentarischen Gepflogenheiten hier in Nordrhein-Westfalen nicht geläufig. Ich bitte Sie also herzlich um Entschuldigung.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir haben die Jagdabgabe abgeschafft. Die Jäger werden dies jetzt eigenständig regeln.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Kollegen, ich bitte um Ruhe. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Okay. – Die Aufgabe der Wildforschungsstelle beispielsweise, die als nicht ganz gruppennützig betrachtet worden ist, übernehmen wir aus unserem Haushalt. Wir finden, dass die Wildforschungsstelle eine wichtige und wesentliche Aufgabe leistet.

Ich glaube – das sind meine letzten Worte –, dass wir mit diesem Jagdgesetz einen sehr ausgewogenen Entwurf vorgelegt haben. Wir haben das Gesetz modernisiert und weiterentwickelt. Wir zeigen dem ländlichen Raum, wie ernst wir die Situation im ländlichen Raum nehmen. Wir zeigen den Jägerinnen und Jägern, dass wir ihre Interessen vertreten. Wir zeigen aber auch ganz klar, dass wir Natur und Umwelt schützen und die Beziehungen zum Wald vernünftig pflegen wollen.

In diesem Sinne herzlichen Dank an alle, die an diesem schwierigen Prozess mitgewirkt haben, hier im Parlament ganz besonders meine Vorgängerin Christina Schulze Föcking, aber auch die Arbeitsgruppe. Ganz besonders herzlichen Dank muss ich jetzt auch einmal in mein Haus hinein richten, an allererster Stelle an Herrn Dr. Louy und Frau Schilling, die sich sehr engagiert um das Thema gekümmert haben. Herzlichen Dank allen! – Jetzt hoffe ich auf eine vernünftige, gute Abstimmung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Bevor wir zur Abstimmung kommen können, haben wir aber noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Zunächst

spricht für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist der Tag, auf den die Menschen im ländlichen Raum seit vier Jahren, seit der größten Demonstration der gesamten Regierungszeit von SPD und Grünen am 18. März 2015, gewartet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

15.000 Menschen vor dem Landtag habe ich in den Jahren seit 2005 nicht mehr erlebt. Und Sie reden hier von gesellschaftlichem Dialog.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Herr Rüße, Sie müssen erst einmal schauen, was Sie damals angerichtet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich hatte Ihnen damals gesagt: Ihr ideologisches Gesetz wird in dieser Form nicht lange Bestand haben, weil es fachlich nicht auf der Höhe der Zeit ist und weil es unausgewogen ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Deswegen gehen Sie lieber zurück?)

Wie angekündigt, bekommen wir heute ein neues, ein modernes Jagdgesetz, das den heutigen Ansprüchen der Gesellschaft bezüglich Artenvielfalt, Naturschutz und Nachhaltigkeit entspricht.

(Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Herr Rüße, Sie haben eben die Streichung von § 1 Landesjagdgesetz angesprochen. Ich will Ihnen sagen, warum wir das gemacht haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Weil Sie Ideologen sind!)

Ich habe es mir herausgesucht. Wir nehmen damit den § 1 Bundesjagdgesetz wieder auf. Damals haben wir Ihnen vorgeworfen, dass sie das gestrichen hatten.

Ich möchte daraus zwei Sätze zitieren. Zunächst geht es um den Begriff „Hege“. In § 1 Abs. 2 Bundesjagdgesetz heißt es:

„Die Hege hat zum Ziel die Erhaltung eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie die Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen; ...“

Das musste in unser Gesetz wieder hinein.

(Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist doch schlechter!)

§ 1 Abs. 3 Bundesjagdgesetz lautet:

„Bei der Ausübung der Jagd sind die allgemein anerkannten Grundsätze deutscher Weidgerechtigkeit zu beachten.“

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Meine Güte!)

Auch das hatten Sie gestrichen. Diese Begriffe kamen bei Ihnen nicht mehr vor.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Man muss sich auch einmal lösen können!)

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit bedeutet zum Beispiel, dass der Jäger sich mit seinem Revier identifiziert. Er soll seine Tiere im Revier kennen, er soll sie beobachten, er soll sie hegen – und irgendwann vielleicht auch einmal abschießen. Dabei ist er immer dem übergeordneten Ziel verpflichtet, einen gesunden und artenreichen Wildbestand zu erhalten.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir haben die Mindestpachtzeit wieder auf neun Jahre erhöht. Zwar gibt es Ausnahmen. Aber die von Ihnen vorgenommene völlig sachfremde Verkürzung haben wir nicht beibehalten.

Wir erkennen mit diesem Gesetz wieder an, was Jäger für die Natur und die Gesellschaft leisten. Hege und Weidgerechtigkeit machen – wie bereits zitiert – den Kern der Jagd aus.

Wenn wir möglichst viele unterschiedliche Tierarten in unserer Landschaft haben wollen, dann geht das im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen nicht von allein. Mir ist es ein Rätsel, wie SPD und Grüne sich permanent auf die Seite der Raubtiere, der Prädatoren, schlagen konnten. Raubtiere, die ganz oben in der Nahrungskette stehen, haben mit Ihnen eine ganz große Lobby, aber die Tiere, die gefressen werden, offenbar nicht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Ich bin froh, dass es gelungen ist, mit diesem Gesetz die Zahl der jagdbaren Tierarten wieder zu erhöhen. Das werde ich Ihnen auch begründen: Erstens haben wir die im Bundesjagdgesetz angeführten Arten als jagdbar aufgenommen. Zweitens haben wir die in Nordrhein-Westfalen regelmäßig vorkommenden Arten als jagdbar aufgenommen.

Dass wir bei der Festlegung des Artenkatalogs auf die Rote Liste für Nordrhein-Westfalen verwiesen haben, gefällt vielen in der Jägerschaft nicht. Das weiß ich auch. Es zeigt aber doch gerade, wie ausgewogen und fachlich korrekt dieses Gesetz ist.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Sie haben die Jäger immer – und das haben Sie heute wiederholt – auf das Schießen reduziert. In den Debatten im Jahr 2015 haben Sie stets gesagt, dass aufgrund des rot-grünen Gesetzes kaum weniger

Wildtiere geschossen würden als aufgrund der alten Regelung.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Und?)

Korrekt! Aber da sage ich Ihnen: Auf Grundlage des neuen, heute zu beschließenden Jagdgesetzes werden umgekehrt auch kaum mehr Tiere geschossen als auf Grundlage des bisherigen Gesetzes. Denn beim Jagdrecht geht es vorrangig gar nicht um das Schießen. Vielmehr geht es um Hege und Weidgerechtigkeit – Begriffe, die Sie gestrichen haben. Es geht um eine Haltung, die in Ihrer Vorstellungswelt überhaupt nicht vorkommt.

(Beifall von der CDU, der FDP und Sven Werner Tritschler [AfD])

Für eine Tierart kann es doch nichts Besseres geben, als ins Jagdrecht aufgenommen zu werden. Denn dann unterliegt sie der Hege und der Obhut der Jäger. Die Jäger kümmern sich also um diese Art und helfen dabei, dass sie erhalten bleibt.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Sie legen Wildäcker und Biotope an. Sie sorgen dafür, dass Brutbäume überhaupt erst einmal als solche erkannt werden und dann ungestört bleiben. Sie melden den Bestand an Wildtieren und die Strecke. Meine Damen und Herren, in der freien Landschaft gibt es kein engmaschigeres Monitoring als das durch die Jäger.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie holen totgefahrenere Tiere von der Straße und gehen bei angefahrenen Wildtieren auf Nachsuche. In besonderen Fällen müssen sie auch noch für Wildschäden finanziell geradestehen. Wer leistet das sonst?

Die Jäger tun das alles, weil sie Freude an der Natur haben, weil ihnen die Natur und die Artenvielfalt wichtig sind und weil sie gelegentlich auch mal ein Wildschwein, ein Reh, eine Ente oder eine Taube für den Kochtopf mit nach Hause bringen wollen.

Wir erkennen die Leistung der Jägerschaft an. Sie ist wichtig für die Natur, sie ist wichtig für das Gleichgewicht der Arten, und sie ist wichtig für die Gesellschaft. Wir sind froh, dass immer mehr Menschen das genauso sehen und selbst den Jagdschein machen.

Der Jagdschein wird nicht umsonst das „grüne Abitur“ genannt. Viele sagen, er sei schwerer zu erlangen als das eigentliche Abitur.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ja, ja!)

Ich will das jetzt nicht vergleichen. Aber es ist sehr aufwendig und anstrengend, diese Prüfung zu schaffen.

Meine Damen und Herren, die Jäger stehen in der Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb ist das neue Jagdgesetz ein gutes Gesetz. Der heutige Tag ist also ein guter Tag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deppe. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Stinka das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Diekhoff, Sie müssen sich schon entscheiden. Bei jeder Frage, die das Tierschutzgesetz oder die Tierschutzrechte betrifft, zitieren Sie PETA. Frau Winkelmann sagt, die Bürokratie sei schuld. Was wollen Sie mit diesem antiquierten Gesetz erreichen? Das fragen wir uns auch nach dieser Debatte nach wie vor. Sie wollen zurück ins vergangene Jahrhundert.

Wenn Sie hier über Akzeptanz reden – die Ministerin hat das ja zumindest angedeutet –, muss Ihnen im Jahr 2019 doch klar sein, dass man mit den Menschen spricht und nicht sagt: Weil PETA da ist, werden alle verunglimpft.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Das haben Sie ja sehr erfolgreich gemacht! – Christof Rasche [FDP]: Das haben Sie ja sehr erfolgreich gemacht!)

Sie müssen einen Konsens herstellen, sodass die Menschen – jetzt komme ich dazu – in allen Teilen Nordrhein-Westfalens sagen: Ja, wir wollen dieses Jagdgesetz.

Dieses Gesetz repräsentiert auf gar keinen Fall – dagegen verwehre ich deutlich – die ländlichen Räume.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Stinka ...

André Stinka* (SPD): Schauen Sie sich das Präsidium des Landesjagdverbandes an. Darin sitzen nur Leute aus Städten mit über 100.000 Einwohnern. Das ist nicht der ländliche Raum.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So sieht es nämlich aus!)

Hören Sie auf mit dieser Mär vom ländlichen Raum. Der ländliche Raum besteht aus mehr als aus Landwirten und Jägern. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie hier vom Signal an die Jäger sprechen,

(Christof Rasche [FDP]: Ihr Signal ist toll!)

dann frage ich: Welches Signal sendet dieses Parlament aus? Welches Signal senden Sie an die Jägerinnen und Jäger aus, die Sie nicht mehr beteiligen wollen? Was ist das für ein Signal?

Das ist kein Dialog, sondern ganz klar Ausschluss. Denn Sie wollen keine Debatte über modernes Jagdrecht. Das ist das Problem, das Sie haben. Sie wollen eine Rolle rückwärts. Das wurde durch die Einführung von Frau Winkelmann noch einmal deutlich.

Es geht um eine schwierige Frage, die gesamte Gesellschaft berührt. Denn das Töten von Tieren ist eine schwierige Frage. Im Übrigen gehe ich auch nach wie vor zu dem Bürgermeister in Gevelsberg; das ist überhaupt kein Problem.

Ich will ja, dass modernes Jagdrecht möglich bleibt. Es bleibt aber nur dann möglich, wenn Sie mehr tun, als mit den Leuten zu sprechen, die das immer schon super fanden. Das wird auf Dauer scheitern. Deshalb braucht man Akzeptanz.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Also stimmen Sie jetzt zu, oder was?)

Ich will einmal darauf zurückkommen, wie damals die Debatte geführt wurde. Meine Kollegen – ich war seinerzeit nicht im Landtag – haben mir die Debatte anschaulich geschildert.

Ich zitiere aus einer damaligen Stellungnahme des Landesjagdverbandes zum Landesjagdgesetz der rot-grünen Regierung. Der Jurist und Vizepräsident des Landesjagdverbandes schreibt darin – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Als Jurist und Autor des über 500 Seiten umfassenden Kommentars zum NRW-Jagdrecht kann ich diese Vorgehensweise, die hier an den Tag gelegt wird, geradezu als Vergewaltigung bezeichnen.

Da frage ich mich, wer diesen Ton in die Debatte hineingebracht hat. Es ist nicht die SPD-Fraktion. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Man sieht sich bei Gesetzgebungsverfahren immer zweimal.

(Daniel Sieveke [CDU]: Oh! – Weitere Zurufe von der CDU und FDP)

– Ja, immer zweimal; gar keine Frage.

(Michael Hübner [SPD]: Wir können auch eine dritte Lesung machen!)

Wenn Sie Akzeptanz ernst meinen, binden Sie bitte auch Menschen in den Dialog ein, die eine kritische Distanz zur Jagd haben. Dann werden Sie Akzeptanz erhalten.

Sie wollen hier nur Ihre Klientelpolitik durchziehen. Das werden wir Sozialdemokraten auch immer wieder gerne sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Stinka, ich konnte Sie während Ihrer letzten Sätze nicht mehr unterbrechen, um Sie zu fragen, ob Sie die Zwischenfrage von Herrn Diekhoff zulassen wollen. Das ist nun durch konkludentes Handeln nicht passiert.

(Bodo Löttgen [CDU]: So viel zum Thema „Dialog“! – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Dritte Lesung! Dann kann er fragen!)

Als nächsten Redner hören wir für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Kollegen Rüße. Bitte sehr.

Norwich Rüße (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank dafür, dass Sie mit Ihrem Beitrag noch einmal klargestellt haben, dass Sie sich hinter dieses Jagdgesetz stellen.

Ich will Ihnen deutlich sagen, dass die Erwartungen aus dem Tierschutz und dem Naturschutz andere waren. Es wurde nämlich erwartet, dass Sie in der Lage sind, zu versöhnen, anstatt den Spaltungsprozess, den wir beim Landesjagdgesetz erlebt haben und den diese beiden Fraktionen betrieben haben, fortzusetzen.

Ich finde es bedenklich, dass Sie das getan haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Die Aussage, das Jagdgesetz bewege sich unabhängig in einem eigenen Raum, finde ich nicht akzeptabel. Das Jagdgesetz muss sich meines Erachtens in Natur- und Tierschutzrecht einbinden lassen. Da gibt es ein Spannungsverhältnis.

Dass Sie im Jagdgesetz jetzt festlegen, dass in Schutzgebieten – anders, als wir es geregelt hatten – die Jagd nicht grundsätzlich dem Schutzzweck zu dienen hat, halte ich für eine Einschränkung, die ich überhaupt nicht nachvollziehen kann.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Dass Sie den Waldbesitz nicht vor überhöhten Wildbeständen in Schutz nehmen, wie wir das schon allein in Paderborn gesehen haben, ist für mich absolut unverständlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

Frau Ministerin, dieses Jagdgesetz trägt nicht Ihre Handschrift. Aber es trägt Ihre Unterschrift. Es ist Ihr Jagdgesetz.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Norwich Rüße (GRÜNE): Wir werden Sie an dieser Stelle auch weiter stellen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir das Ende der Aussprache erreicht haben und zur Abstimmung kommen können.

Erstens stimmen wir über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/3569 ab. Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz empfiehlt in der Drucksache 17/4858, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen also zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf selbst.

Wer möchte der Beschlussempfehlung folgen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Neppe, Langguth und Pretzell. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Stephan Haupt [FDP]: Hammelsprung! – Daniel Sieveke [CDU]: Peinlich!)

Gibt es einen Kollegen oder eine Kollegin, der oder die sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall.

(Michael Hübner [SPD]: Ihr wolltet das Gesetz ändern! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Fraktionen bzw. Abgeordneten der **Gesetzentwurf Drucksache 17/3569 in der Fassung der Beschlussempfehlung** des Ausschusses **Drucksache 17/4858 angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet.**

(Beifall von der CDU, der FDP, Alexander Langguth [fraktionslos] und Marcus Pretzell [fraktionslos])

Zweitens lasse ich über die Herstellung des Einvernehmens zur Verordnung Vorlage 17/1126 abstimmen. Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz empfiehlt in der Drucksache 17/5024 – Neudruck –, das Einvernehmen zum Entwurf der Verordnung mit einer in der Beschlussempfehlung näher bezeichneten Maßgabe zu erteilen. Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung und nicht über die Vorlage abstimmen.

Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten Neppe, Langguth und Pretzell. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es einen Kollegen oder eine Kollegin, der oder die sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das **Einvernehmen zur Verordnung Vorlage 17/1126 mit der in der Beschlussempfehlung Drucksache 17/5024 – Neudruck – bezeichneten Maßgabe hergestellt.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 3 und kommen zu:

4 Enttäuschung und Ernüchterung bei Inklusionsversprechen machen sich breit – Landesregierung muss sofort nachsteuern

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5054

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der Abgeordnetenkollegin Beer das Wort. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich persönlich und die Fraktion der Grünen unterstützen und begrüßen Ihre Aussage, dass Sie mehr Ressourcen in den Inklusionsprozess hineingeben wollen. Das haben Sie betont.

Gleichzeitig haben Sie Ihre neue Formel publik gemacht. Leider ist diese Formel „25 – 3 – 1,5“ längst entzaubert. Denn die Versprechungen, die Sie damit verbunden haben, sind darauf reduziert worden, dass es nur eine Rechenformel ist und keine verlässliche Größe für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Darüber sind die Schulen enttäuscht, aber auch die Schulträger deutlich irritiert. Sie sind verunsichert, wie sie jetzt damit umgehen sollen, zum Beispiel in der Frage, ob Lerngruppengrößen begrenzt werden können.

Ich will Ihnen gerne das Beispiel der Stadt Paderborn aufzeigen. Dort werden alle Gesamtschulen jetzt in allen Zügen mindestens drei Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf aufnehmen. Die Stadt überlegt, die Lerngruppen auf 25 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen. Eine Gesamtschule hat angeboten, eine Mehrklasse zu machen, damit die Platzbedarfe auch abgedeckt sind.

Dann verweist die Bezirksregierung darauf, dass das aber so nicht geht, obwohl in jedem Zug diese Formel „25 – 3“ – von den Ressourcen sprechen wir